

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Verkaufsstellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 Mk., bei Postbestellung 2,50 Mk. für den Monat. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Die Postanschrift lautet: Wilsdruff, Markt 1. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle ist von 8 bis 12 Uhr und von 1 bis 5 Uhr besetzt. Die Geschäftsstelle ist von 8 bis 12 Uhr und von 1 bis 5 Uhr besetzt. Die Geschäftsstelle ist von 8 bis 12 Uhr und von 1 bis 5 Uhr besetzt.

Ungezogenpreis: Die halbjährliche Abonnementgebühr 100 Goldmarken, die vierteljährliche Abonnementgebühr 50 Goldmarken, die monatliche Abonnementgebühr 10 Goldmarken. Die Geschäftsstelle ist von 8 bis 12 Uhr und von 1 bis 5 Uhr besetzt. Die Geschäftsstelle ist von 8 bis 12 Uhr und von 1 bis 5 Uhr besetzt. Die Geschäftsstelle ist von 8 bis 12 Uhr und von 1 bis 5 Uhr besetzt.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostow.

Nr. 31. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 7. Februar 1927

## „Volk ohne Raum!“

Aber die nächsten Aufgaben der neuen Regierung und des Reichstags wird uns von parlamentarischer Seite geschrieben: Gewiß, Politik muß und wird sein, wenn sich derartige Auseinandersetzungen abspielen, wie das jetzt im Reichstag geschah; aber gerade die beiden größten Parteien der neuen Regierungskoalition, die Deutschen Nationalen und das Zentrum, haben durch ihre Redner auch darlegen lassen, was sie an praktischer Arbeit zu leisten gedenken. Daß diese praktische Arbeit vor allem wirtschaftlicher und sozialpolitischer Natur sein wird, darauf deuten die Aufgaben hin, vor die der Reichstag in den nächsten Tagen gestellt sein wird. Während über die Fortführung der Sozialpolitik der Zentrumsabgeordnete und Führer der Christlichen Gewerkschaften, Dr. Stegerwald, sprach, hatte sich der Redner der Deutschen Nationalen, Dr. Lejeune-Jung, hauptsächlich den wirtschaftspolitischen Problemen zugewandt, die auch einen breiten Raum in der Regierungsbildung eingenommen haben. Er nahm dabei ein Wort auf, das vielleicht zum Schlagwort der Zukunft werden wird, weil es den tiefsten Untergrund unserer wirtschaftlichen Not des Augenblicks bildet: Volk ohne Raum!

Die Aufgabe der neuen Regierung wird es hater denn je sein, dem deutschen Volk Raum zu schaffen für die Arbeit im Wirtschaftsleben, das eingengt worden ist durch die zwingende Notwendigkeit der Nationalisierung und dadurch die Frage der Arbeitslosigkeit zur brennendsten Frage des Augenblicks gemacht hat. Hier treffen sich die wirtschaftlichen und die sozialpolitischen Zielsetzungen, weil die sozialpolitischen Voraussetzungen trotz aller schönen Theorien letzten Endes immer daran geknüpft sind, daß die wirtschaftliche Produktion der Träger der Sozialpolitik ist und daß es den Akt, auf dem man steht, abzufügen heißt, wenn man der Wirtschaft untragbare sozialpolitische Lasten auferlegt. Außerdem — das hat schon die Regierungserklärung entwickelt — betrachtet die Wirtschaft die Sozialpolitik keineswegs als eine Überflüssigkeit, als eine unproduktive Last, sondern sie weiß, daß es volkswirtschaftliche Notwendigkeit ist, namentlich einen qualifizierten Arbeiterkamm über die Zeiten wirtschaftlichen Rückgangs hinüberzureiten.

So wird es Aufgabe der neuen Regierungskoalition sein, an die Arbeit zu gehen, um die Sozialpolitik der wirtschaftlichen Entwicklung der Gegenwart anzupassen. Die große Masse des deutschen Volkes, die in einem harten Kampf um ihr Brot steht, wird weniger die parteipolitischen Auseinandersetzungen als diese künftige Arbeit der neuen Regierung mit kritischem Auge verfolgen. Auf der einen Seite gilt es, wie der Abg. Dr. Lejeune-Jung ausführt, die Bedeutung des Binnenmarktes nicht zu verkennen, auf dem die Steigerung der deutschen Gütererzeugung namentlich im Bereich der Urprodukte und hier wiederum vornehmlich durch Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion die Hauptrolle spielt. Monopolistischen Gebilden, die in der Ausbeutung des deutschen Marktes ihre Aufgabe erblicken, will die Regierung entgegenreten und man hat darin wohl die Ankündigung einer neuen Kartellgesetzgebung zu betrachten, weil alle wirtschaftlichen und sozialpolitischen Maßnahmen eben unter dem Gesichtspunkt des Gemeinwohles stehen müssen.

Der jüngste Bericht des Deutschen Handels- und Gewerbetagesamtes hat wieder darauf verwiesen, wie außerordentlich schwierig die gegenwärtige Lage des Handwerks und des Einzelhandels ist. Auch hierauf ist man in den wirtschaftlichen Debatten des Reichstages eingegangen. Die Regierung wird gerade auf diesem Gebiete allerhand Aufgaben in großer Fülle finden, wobei namentlich die kreditpolitischen Schwierigkeiten eine besondere Rolle spielen werden. Man möchte beinahe sagen, daß dies in das Gebiet der Sozialpolitik hineingreift, also der staatlichen Fürsorge für einen wirtschaftlich schwachen Stand, weil selber schon längst nicht mehr das Wort zutrifft, daß das Handwerk einen goldenen Boden hat.

Die sozialpolitischen Aufgaben der nächsten Zukunft sind die Arbeitslosenversicherung und eine gesetzliche Gesamterfassung der Arbeiterschutzgesetzgebung; vor allem harri die Arbeitszeifrage einer baldigen Lösung. Alles aber darf nur behandelt werden unter dem Gesichtspunkt einer möglichst hohen Produktivität der deutschen Gesamtwirtschaft. Wir können den Optimismus, mit dem der Generalagent der Reparationskommission in seinem Bericht die Zukunft der deutschen Wirtschaft betrachtet, nicht teilen, weil der wichtigste Teil dieser Wirtschaft die deutsche Arbeitskraft ist, die in viel zu hohem Maße brachliegt. Die wieder der deutschen Gütererzeugung dienlich zu machen, ist die Hauptaufgabe nicht bloß der deutschen Wirtschaft, sondern vor allem der neuen Regierung, und wenn ihr dies gelingt, dann hat sie das erfüllt, was in erster Linie von ihrer neuen Arbeit zu verlangen ist.

## Herriot über Frieden und Völkerbund.

Paris, 7. Februar. Vor der Völkerbundssitzung in Lyon erklärte Herriot mit Bezug auf Deutschland, Frankreich habe nie ein Volk ins Elend bringen wollen, das arbeite, um in Frieden zu leben. Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung seien die Ziele, die erstrebt werden müßten.

## Die Not der Landgemeinden.

Beschlüsse des Deutschen Landgemeindetages. Der Vorstand des Deutschen Landgemeindetages hielt in Berlin eine Sitzung ab. Die Verhandlungen erzielten sich hauptsächlich auf die für die Landgemeinden gegenwärtig wichtigsten Fragen des Finanzausgleichs, des Wohnungsbauprogramms, der zukünftigen Gestaltung der Hauszinssteuer, der Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrats, des Arbeitschutzgesetzes und anderes mehr.

Zum Wohnungsbauprogramm wurde eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Der Deutsche Landgemeindetag erachtet es für eine der dringlichsten Aufgaben von Regierung und Parlament, alle Kraft an die planmäßige Befestigung der Wohnungsnot zu setzen. Zu diesem Zweck ist eine verstärkte Bautätigkeit zu fördern, durch die in möglichst naher Zeit der Gebietsbedarf an Wohnungen beseitigt wird. Da die beschleunigte Durchführung eines Wohnungsbauprogramms lediglich auf privatrechtlicher Grundlage eintreten möglich ist, muß auf alle Fälle die öffentliche Hand an der Lösung dieser Aufgabe noch solange mitwirken, als der Privatkapitalmarkt noch nicht in der Lage ist, seine Aufgaben auf diesem Gebiet zu lösen. Dem Fortschreiten des Wohnungsbaues muß auch der durch Angleichung der Mi- und Mietmieten zu fördernde Abbau der Wohnungszwangswirtschaft schrittweise folgen, damit in absehbarer Zeit normale Verhältnisse im Wohnungsbau herbeigeführt werden.

Bei den Beratungen über den Finanzausgleich kam die einheitliche Ansicht zum Ausdruck, daß die Landgemeinden trotz sparsamer Wirtschaft vor dem Ruin stehen. Sie müssen deshalb zum provisorischen Finanzausgleich 1927 fordernd, daß zu der Garantie der Einkommen- und Körperschaftsteuer die besondere Umsatzsteuergarantie im bisherigen Umfang beibehalten bleibt. Die Not der Landgemeinden ergibt sich deutlich aus der Reichstagsstimmung, die übrigens auch in der Begründung zu dem Gesetzentwurf des Finanzausgleichs von der Reichsregierung selbst anerkannt. Daß unter diesen Umständen alle jetzt stehenden Steuern erhalten werden müssen, ist eine selbstverständliche Forderung. Dies gilt insbesondere auch für die Getreidezölle, auf die von den Gemeinden nicht verzichtet werden kann.

## Urlaubsantritt Dr. Strefemanns.

Veränderungen in hohen Beamtenstellen. Reichsminister des Auswärtigen Dr. Strefemann hat einen mehrwöchigen Erholungsurlaub angetreten. In seiner Vertretung führt Staatssekretär Dr. v. Schubert die Geschäfte des Auswärtigen Amtes.

Nach der endgültigen Erledigung der Regierungserfrage werden in nächster Zeit wahrscheinlich noch einige Veränderungen in hohen Beamtenstellen einiger Ministerien vorgenommen werden. So sind zurzeit Bestrebungen im Gange, der Wirtschaftlichen Vereinigung einen Staatssekretärposten im Wirtschafts-

ministerium zu überlassen. Weiter liegen Wünsche des Zentrums vor, die Leitung der Kulturabteilung des Reichsministeriums des Innern zu bekommen. Der oberberiberige Inhaber dieser Stelle, der Staatssekretär Schatz, wird voraussichtlich bald aus seinem Amte scheiden. Wegen des Übergangs dieses wichtigen Referats an das Zentrum sind allerdings, insbesondere in volksparteilichen Kreisen, Bedenken vorhanden.

Dr. Curtius' 50. Geburtstag. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius vollendet am Montag, den 7. Februar sein fünfzigstes Lebensjahr. Dr. Julius Curtius ist in Duisburg geboren. Nach Abschluß seiner juristischen Studien, die ihn auch nach Paris führten, und der praktischen Vorbereitungszeit ließ er sich in seiner Vaterstadt als Rechtsanwalt nieder. 1911 wandte er sich in Heidelberg staatswissenschaftlichen Arbeiten zu, die er nach dem Kriege wieder aufnahm. Seit 1921 war er als Rechtsanwalt am Kammergericht in Berlin tätig. Dem Reichstag gehört Curtius als Mitglied der Deutschen Volkspartei seit 1920 an.

## Keine Neuabstimmung in Eupen-Malmedy

„Ein für allemal belgisches Gebiet.“ Die belgische Regierung hat dem Gouverneur von Lüttich ihre Antwort auf den Wunsch der Presse von Eupen-Malmedy, eine zweite, unbeeinflusste Volksabstimmung in dem annektierten Gebiet abzuhalten, überwiefen. In dieser Antwort wird darauf hingewiesen, daß Eupen-Malmedy mit der nach dem Versailles-Vertrag abgehaltenen ersten Volksabstimmung „ein für allemal belgisches Gebiet“ geworden sei, zumal der Völkerbundrat die erste Volksabstimmung ratifiziert habe.

## Straßenkämpfe in Porto.

Der Aufstand noch nicht beigelegt. Aus Lissabon erfährt „Ezhang“, in Porto seien heftige Straßenkämpfe zwischen den Aufständischen und den Regierungstruppen ausgebrochen. Der Handelsminister, der seinerzeit von den Revolutionären gefangen wurde, konnte entfliehen. In Lissabon selbst soll vollkommene Ruhe herrschen. Nach einer offiziellen Habasmeldung aus Lissabon ist der Aufstand in Porto tatsächlich noch nicht beigelegt, da die Aufständischen sich im Zentrum der Stadt verschanzt hätten und die Regierung die zivile Bevölkerung schonen wollte.

## Starke Mehrheit hinter der Regierung.

### Vertrauensvotum für Kabinett Marx.

235 gegen 174 Stimmen. (264. Sitzung.) CR. Berlin, 5. Februar. Die große politische Aussprache im Anschluß an die Regierungserklärung wurde fortgesetzt. Abg. Dr. Stegerwald (Ztr.) besprach zunächst die Vorgänge bei der Regierungsbildung und wandte sich gegen die sozialdemokratische Behauptung, daß eine Große Koalition möglich gewesen wäre. Diese Möglichkeit hätte trotz aller Versuche nicht mehr vorgelegen. Es sei schließlich keine andere Lösung als die gegenwärtige Regierung übriggeblieben. Sie sei wieder der Führung nach noch in der Besetzung der wichtigsten Ministerien eine Rechtsregierung. (Zusammenfassung beim Zentrum, Widerspruch links.) Die Bezeichnung der neuen Regierung als Bürgerblock sei unzutreffend.

Der Redner betonte dann die Bereitwilligkeit der Deutschen Nationalen, mit den Christlichen und bürgerständigen Kräften zusammenzuarbeiten. Das wichtigste sei es im Augenblick, die Staatsverwaltung heranzutreiben. Nur auf diese Weise könne der alte Haß gegen den Völkerverbund beseitigt werden. Deutschland zeige in den letzten Jahren eine Entwertung der großen Massen wie kein anderes Land. Die Politik der nächsten Jahre müsse deshalb eine Ausgleichspolitik sein, auch auf dem Gebiete der Schule. Das deutsche Volk wolle die Volksschule. Das ginge aus den Überbetriebswahlen hervor. Das Zentrum wolle nicht, daß auf die jugendlichen Schüler der ungläubige religionslose Lehrer losgelassen werde. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Der Redner forderte dann weitgehende Unterstützung der Landwirtschaft, die möglichst faustkräftig gemacht werden müsse. Von der neuen Koalition werde sicherlich keine schlechtere Sozialpolitik gemacht werden als von der Großen Koalition. Vor der Reichstagsneuwahl müsse der Reichstag noch die Arbeitslosenversicherung, das Arbeitschutzgesetz und das Abgangsgesetz zur Regelung der Arbeitszeit erlassen. Mit den Sozialdemokraten würde das Zentrum in der Sozialpolitik ein gutes Stück Weges zusammengehen können. Seine Be-

merktungen gegenüber der neuen Koalition lagen nicht auf dem sozialpolitischen, sondern auf dem staatspolitischen Gebiete. (Beifall im Zentrum.) Abg. Stöcker (Komm.) richtete heftige Angriffe gegen den Reichsinnenminister v. Kundell, der keineswegs unparteiisch seines Amtes waltete werde. Das Kabinett des Bürgerblocks werde überdies nach innen und nach außen eine Politik der härtesten Koalition machen. Der Redner fragte schließlich, warum sich der Minister von Kundell nicht zu der Lausade äußere, daß auf seinem Gute eine Abteilung der Olympia monatelang Kriegsübungen abgehalten habe.

Abg. Feder (DZL) erklärte, die Aussprache zeige denselben Tiefstand wie die Regierungserklärung. Das Ergebnis sei: es wird fortgeschritten. Als der Redner die Ausführungen des Abgeordneten von Guraud als verlogen bezeichnete, wurde er zur Ordnung gerufen.

### Lebhafte Auseinandersetzungen.

Abg. Landsberg (Soj.) kam nochmals auf die Wortwürde gegen den Minister von Kundell zurück. Dieser habe wohl die Flugblätter der Kapp-Regierung in seinem Kreise verteilt, nicht aber die Verfügungen der rechtmäßigen Reichsregierung. (Zurufe rechts: „Die war ja ausgerollt.“) Herr von Kundell habe, als der Kreisvertrauensmann des Landarbeiterverbandes für den Generalkongress Propaganda machte, ihn in das Bureau eines Mühlenselbsters kommen lassen und ihm eröffnet, daß sich die neue Regierung Kapp schon mit der alten Regierung geeinigt und sie erriet habe. Der Vertrauensmann des Landarbeiterverbandes solle sich in das unvermeidliche Schicksal fügen, wie er, Kundell, es im November 1918 getan habe. Weiter hätte er dem Vertrauensmann gebröckelt, bei weiterer Tätigkeit für den Generalkongress ihn in Saughaft nehmen zu lassen. (Dauernde stürmische „Hört! Hört!“-Rufe links.) Im übrigen sei die gestrige Darstellung des Reichsministers nicht richtig, denn tatsächlich hätten bewaffnete Zivilisten an der Besetzung der Brücke in Jäckeritz teilgenommen. (Erneute „Hört! Hört!“-Rufe links.)

### Reichsminister des Innern v. Kundell

betont auf seine gestrigen Ausführungen, daß er auf Anfrage beim Regierungspräsidenten in Frankfurt den Austritt erhalten

294), 1300) alle auf 1.30-2  
Ritge, Wehr, Blau, Janse, Krieger, Wöhler, Tolm, 3.30, Reich, a, Du, blinder, wüding, che, Seem, Weh, Theorie, antrieb, ch, aus, anmußl.  
Cap, walter, leitungs, Hall, andwir, Chies, habers, Weis, Wäcker, er Gely, Walde, Ricade, ein enge, lam. — Tang, Bochm, ch Souf, l: Wan, um, des, Dr: Pr, Dr: Aug, Dr: G, u, u, Techn  
mabeb, 2521, Snad, ußl. \*, Pare, n Dav, hien II, \* 3.10, plation, de fürs, iute der, anderen, atlung: Theater,  
herdem, Sendez  
—12.50, um“, \* leitende, rrunge, rntner“, Eigen, enberg, r: Saat, die der, \* 4.00, \* 4.00, \* 4.00, —Daus. — der hei, \* 7.30, \* 7.30, über die, eute, Dir, Kater, amala, u), Ab, dt und, erbiens, mußl.  
besiegem, 3 Jahre, eine, en vom, 5: Sim, chnische, r. meh, Reich, Arbeiter, r. Albre, r: Weh, er Zeit, Wort, — Die, Schauer, Boot 14, 18 bleibt, t (Reg, Genat, solfist